



Mainz, 09.04.2019

Resolution 0779/2019 zur Sitzung Stadtrat am 17.04.2019**Straßenausbaubeiträge abschaffen – Anteil der Anlieger durch Landesmittel ersetzen (CDU)**

Vielerorts wird immer stärker über die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge diskutiert. Nachdem bereits im vergangenen Jahr das Bundesland Bayern die Straßenausbaubeiträge abgeschafft hat, scheinen mit Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen nun die nächsten Bundesländer diesem Vorbild zu folgen. Auch innerhalb von Rheinland-Pfalz wird bereits über den Fortbestand diskutiert. So hat die CDU-Landtagsfraktion in den Beratungen zum Landeshaushalt 2019/2020 ein Konzept zur Entlastung der Anlieger vorgelegt. Dieses Konzept sieht eine Beibehaltung des Gemeindeanteils vor, jedoch sollen die bisher von den Bürgerinnen und Bürgern aufzubringenden Anteile durch Zuschüsse an die Kommunen aus dem Landeshaushalt aufgebracht werden. Somit könnten die Straßenausbaubeiträge faktisch abgeschafft werden. Die Beantragung der Zuschüsse soll nach ähnlichem Verfahren vonstattengehen, wie es beispielsweise nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz möglich ist.

Gerade in Anbetracht der hervorragenden Einnahmesituation des Landes und der Streitigkeiten, die Straßenausbaubeiträge bereits über Jahrzehnte hinweg mit sich bringen, erscheint ein solcher Schritt für uns zielführend. Hierbei werden nicht nur die Bürgerinnen und Bürger entlastet, sondern auch die Stadträte und Verwaltungen. Auch Gerichtsverfahren über die Berechtigung und die Art und Weise ihrer Berechnung würden der Vergangenheit angehören. Schließlich sind hier immer wieder anderslautende Urteile erfolgt. Erfreulicherweise würde damit auch eine Reduzierung der Wohneigentumskosten einhergehen, die insbesondere Familien mit Kindern und älteren, oft alleinstehenden Menschen mit niedrigem Einkommen helfen würden. Ebenfalls würde damit der Erwerb von (Alt-)Immobilien in ländlichen Regionen erleichtert, wenn die Unsicherheit über zukünftig zu zahlende Ausbaubeiträge entfallen würde.

Bundesweit stehen die rheinland-pfälzischen kommunalen Gebietskörperschaften im Hinblick auf ihre finanzielle Situation schlecht da. Dies zeigt sich auch daran, dass im Vergleich zu den anderen Flächenländern die Kommunen in Rheinland-Pfalz geringe Investitionskosten aufweisen bzw. aufweisen können und der kommunale Schuldenstand weiterhin erheblich hoch ist. Aus diesem Grund ist klar, dass der Wegfall der Straßenausbaubeiträge zu keiner weiteren finanziellen Belastung durch Einnahmeausfälle auf kommunaler Seite führen darf. Für die wegfallenden Einnahmen aus den bisher von den Anliegern zu zahlenden Straßenausbaubeiträgen muss ein finanzieller Ausgleich aus dem Landeshaushalt erfolgen.

Aus diesem Grund fordert der Mainzer Stadtrat die Landesregierung auf, die guten konjunkturellen Rahmenbedingungen zu nutzen, um die Straßenausbaubeiträge in Rheinland-Pfalz abzuschaffen und die Bürgerinnen und Bürger damit zu entlasten. Der Stadtrat stellt zugleich fest, dass aufgrund der im bundesweiten Vergleich schlechten Finanzausstattung der rheinland-pfälzischen Kommunen diese Entlastung der Bürgerinnen und Bürger aus dem originären Landeshaushalt aufgebracht werden muss. Der Stadtrat fordert die Landesregierung außerdem auf, ein gerechtes und effektives Zuschussverfahren einzurichten, welches festgelegte Standards und Förderobergrenzen berücksichtigt. Abschließend stellt der Stadtrat fest, dass auch in Zukunft die Planungs- und Entscheidungshoheit bei den Kommunen vor Ort liegen muss. Sie müssen aktiv in die Notwendigkeit, den Zeitpunkt, die Planung und die Kosten des Ausbaus einbezogen werden, da der Gemeindeanteil auch in Zukunft selbst finanziert wird.

Hannsgeorg Schönig
Fraktionsvorsitzender